



NABU.de Themen Siedlungsentwicklung, Bauen Praxis Management

Kampf der "Bürgermeisterkonkurrenz"

Wie nachhaltig und umweltverträglich sind Interkommunale Gewerbegebiete?



Der Wettbewerb unter den Kommunen um Unternehmen und Arbeitsplätze, die so genannte Bürgermeisterkonkurrenz, ist eine Hauptursache des Landschaftsverbrauchs. Umso wichtiger ist es, dass Nachbarkommunen untereinander kooperieren. Interkommunale Kooperation ist in aller Munde. Im Mittelpunkt steht hier seit einigen Jahren die gemeinsame Entwicklung von Standorten für Produktion, Handel und Dienstleistungen.

Von interkommunalen Gewerbe- und Industriegebieten versprechen sich die Gemeinden vielfältige Vorteile, wie Kostenreduktion durch gemeinsame Planung und Entwicklung, Überwindung kostspieliger Konkurrenzen durch gemeinsame Vermarktung und eine gerechte Nutzenaufteilung. Die Anlage interkommunaler Gewerbe- und Industriegebiete wird zudem immer wieder als eine geeignete Maßnahme genannt, um die Eingriffe in Natur und Landschaft gering zu halten und den Landschaftsverbrauch einzudämmen. Was ist dran an dieser Behauptung?

Gemeindegrenzen sind ökologisch sensibel

Interkommunale Gewerbegebiete entstehen bis heute leider häufig ausdrücklich an den Gemeindegrenzen, grenzübergreifend auf dem Gebiet von mehreren Gemeinden, auf der so genannten Grünen Wiese, im Außenbereich, mit den bekannten ökologischen und ökonomischen Folgen. Insbesondere kommunale Grenzräume zeichnen sich oft durch ein hohes ökologisches Potential aus, wie Fließgewässer, Feucht- oder Waldgebiete, Grenzertragsböden sowie Heckenstrukturen, die gleichsam die historisch gewachsenen, natürlichen Grenzbarrieren bilden. Interkommunale Gewerbegebiete über Gemeindegrenzen hinweg tragen somit, im Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung, nicht nur maßgeblich zur Zersiedlung bei, sondern können Ursache für ausgesprochen gravierende Eingriffe in Natur und Landschaft sein.



Streuobstwiese

Abschreckende Beispiele

Mitten in die gewachsene Landschaft planen beispielsweise die nordrhein-westfälischen Gemeinden Beckum und Ahlen ein interkommunales Gewerbegebiet von über 200 Hektar. Da die Autobahn A 2 etwa fünf Kilometer entfernt liegt, wird als so genannter Optimierungsschritt der Bau einer neuen Anschlussstelle gefordert.



Ähnlich sieht die Projektplanung eines anstehenden interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes zwischen den niedersächsischen Gemeinden Harpstedt/Ganderkesee und der Stadt Delmenhorst aus. In nur 150 Meter Abstand zu einem Natura-2000-Gebiet soll auf einem bisher extensiv genutzten Truppenübungsplatz von rund 100 Hektar eine naturnahe Fläche geopfert werden - noch dazu ab 2007 gefördert mit Mitteln der EU-Regionalförderung. Im Grenzbereich der genannten Gemeinden und der Stadt Delmenhorst gelegen, weist dieser fast ungestörte Landschaftsausschnitt eine hohe Biodiversität auf (viele Rote-Liste- und FFH-Arten). Auch hier liegt die Autobahn rund fünf Kilometer entfernt und das Gelände selbst weist keinerlei Infrastruktur auf, so dass neben dem ökologischen Schaden mit

einer erheblichen Kosten- und Folgekostenlawine zu rechnen ist.

Ein weiteres Beispiel ist das geplante interkommunale "Großindustriegebiet an der A14" der Stadt Halle (Saale) und vier weiterer Gemeinden. Hier wurden lange nach Abklingen der Planungseuphorie in den 1990er Jahren - Stichwort "Blühende Landschaften" - 230 Hektar allerbestes Ackerland überplant. Die Hoffnung auf größere Investoren blieb bislang unerfüllt.

Ebenfalls in der freien Landschaft geplant sind das interkommunale Gewerbegebiet Ostwestfalen-Lippe (laut Eigenwerbung "mitten im Schnittpunkt der drei Städte Bad Salzungen, Bielefeld und Herford, 59 Euro je Quadratmeter als Komplettpreis, voll erschlossen"), in Rheinland-Pfalz das Gewerbegebiet Plütscheid/Feuerscheid an der Grenze der Gemeinden Prüm und Arzfeld ("Ausrichtung der Planungen an der betrieblichen Nachfrage") sowie in Hessen das Gewerbegebiet "Am Lohfeldener Rüssel" unter Beteiligung der Gemeinde Lohfelden und der Stadt Kassel.



Gewerbegebiet mit neuen Supermärkten.

Der Bund Naturschutz (BN) hat in einer Studie einige hoch konfliktrichtige Beispiele aus Bayern und Baden-Württemberg zusammengetragen und ausgewertet, so etwa das geplante Güterverkehrszentrum im Dreieck Augsburg, Gersthofen und Neusäß oder die interkommunalen Gewerbegebiete Oberkochen-Königsborn (regionaler Grünzug, Wasserschutzgebiet, sehr fruchtbarer Boden) und Laichinger Alb (mitten in albtypischer Landschaft).

Die genannten Projektbeispiele, hier stellvertretend genannt für viele ähnliche Fälle, haben mit einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung nichts zu tun. Erschwerend kommt hinzu, so die erwähnte BN-Studie, dass die Etikette "interkommunal" Genehmigungsbehörden und Träger öffentlicher Belange gelegentlich zu einer wohlwollenden Prüfung verleitet und dass so manche Gemeinde, die sich an einem interkommunalen Gewerbegebiet beteiligt, weitere, "eigene Eisen im Feuer" hat. Aus deren Sicht ist eine interkommunale Initiative bloß eine weitere Option unter anderen.

Was sind die Alternativen?

Bürgermeister, Gemeinderäte und Kommunalverwaltungen müssen lernen, dass es auch anders geht. Das fast kindisch anmutende Festhalten an der gemeinsamen Grenze und damit in den meisten Fällen am Außenbereich als Standort für ein interkommunales Gewerbegebiet gilt es zu überwinden. Gemeinsam entwickelte Gewerbebestände müssen losgelöst von den kommunalen Grenzen entwickelt werden - an Standorten, die bereits erschlossen und städtebaulich integriert sind, die mit den Erfordernissen der Raumordnung in Übereinstimmung stehen. Dazu zählen die große Zahl gewerblicher und industrieller Brachflächen, ehemalige Flächen der Deutschen Bahn und der Deutschen Post sowie ehemalige Militärstandorte, soweit sie nicht im Außenbereich liegen.



Ein Schritt in die richtige Richtung: Regionaler Gewerbeflächenpool

Mehrere Gemeinden im Regionalverband Neckar-Alb wollen beweisen, dass die Entwicklung gemeinsamer Gewerbeflächen mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in Übereinstimmung gebracht werden kann. Dazu wollen die Gemeinden versuchen, ihre Gewerbeflächen möglichst gemeinsam zu vermarkten und damit die Konkurrenz untereinander auszuschalten. Der neue Gedanke ist, dass sich auch Gemeinden ohne eigene Flächen beteiligen können, indem sie eine finanzielle Einlage in den Pool tätigen.



Insbesondere Gemeinden in peripherer, häufig landschaftlich sensibler Lage stehen somit nicht mehr unter dem Druck, auf Teufel komm" raus eigene Gewerbeflächen anzubieten beziehungsweise sich an interkommunalen Gebieten auf dem eigenen Gemeindegebiet zu beteiligen. Alle gemeinsam sollen am wirtschaftlichen Erfolg des Pools partizipieren. Vertreter der Gemeinden und des Regionalverbandes haben für den zu schaffenden Zweckverband einen Satzungsentwurf beschlossen, in der alle erforderlichen Details geregelt sind. Mehrere Kommunen haben inzwischen eine verbindliche Beteiligung am Gewerbeflächenpool zugesagt.

Allerdings schließt das Konzept nicht aus, dass neben Gewerbebrachen und bereits erschlossenen Gebieten auch neu zu erschließende Flächen in den Pool eingebracht werden können. Insofern bleibt abzuwarten, ob sich dieser Versuch einer über das übliche Maß hinaus reichenden interkommunalen Zusammenarbeit nur als "Mehr vom Selben" oder als ein echter Beitrag zum Flächensparen herausstellen wird.

Experten:

Margitta Spiecker, Referentin für nachhaltige Siedlungsentwicklung, NABU Delmenhorst

Prof. Dr. Gerd Turowski, Referent für Raumordnung und Regionalplanung, NABU Delmenhorst

Ulrich Kriese, Siedlungspolitischer Sprecher des NABU, ulrich.kriese@nabu.de

Links und Literatur

- » [Interkommunales Gewerbegebiet Beckum/Ahlen](#)
- » [Industriegebiet Halle/Saalkreis an der A 14](#)
- » [Interkommunales Gewerbegebiet Ostwestfalen-Lippe](#)
- » [Interkommunales Gewerbegebiet Plütscheid/Feuerscheid \(VG Arzfeld, Eifel\)](#)
- » [Interkommunales Gewerbegebiet "Am Lohfeldener Rüssel"](#)

Bund Naturschutz in Bayern (Hg.): Gewerbeflächenausweisung und Flächenverbrauch. - Reihe "Bund Naturschutz Forschung", Bd. 9, 2004. Mit Beispielen aus Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen. [Online-Ausgabe](#) mit Zip-Download beim Bund Naturschutz.

Regionalverband Neckar-Alb: Modellprojekt Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb. - Ausführliche Studie einschließlich Satzungsentwurf und Auswertung weiterer interkommunaler Gewerbegebiete. [Online-Info](#).

Newsletter Living 2010 vom 28. November 2005.